

Die CDU handelt, die SPD redet nur.

Die SPD-Vorschläge zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung sind ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Statt sich aktiv an der Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu beteiligen, verweigert die SPD eine erfolgversprechende Zusammenarbeit.

- Die CDU-geführte Bundesregierung hat Geldwäsche und Steuerhinterziehung den Kampf angesagt. Mit dem „Schwarzgeldbekämpfungsgesetz“ 2011 wurden die Bestimmungen für die Strafbefreiung bei Selbstanzeige verschärft. Das zeigt: Für die CDU ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt.
- Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit der Schweiz ein Abkommen zur Bekämpfung von Steuerbetrug ausgehandelt. Die Sozialdemokraten hätten mit ihrer Zustimmung im Bundesrat dafür sorgen können, dass Bankguthaben in der Schweiz seit 14 Tagen genauso besteuert werden wie in Deutschland. Durch die Ablehnung der SPD sind unserem Land fast zwei Milliarden Euro verloren gegangen, die jetzt für Kitas, Schulen oder Straßenbau fehlen. Stattdessen knallten Dank der SPD bei vielen Steuerflüchtlingsen am 1. Januar die Sektkorken. Und in Zukunft verjähren jedes Jahr weitere Steuerforderungen im dreistelligen Millionenbereich.
- Seit 2009 haben wir wichtige Fortschritte auf dem Weg zu einer besseren Regulierung für Banken und Finanzmärkte erzielt. Wir haben z. B. ungedeckte Leerverkäufe verboten, die Bankenaufsicht verschärft und Maßnahmen zur Eindämmung des Hochfrequenzhandels an der Börse auf den Weg gebracht. So können wir Sparer und Anleger besser schützen und besser gegen Banken vorgehen, die sich nicht an die Regeln halten.

Rot-Grün hat seine Regierungszeit nicht für eigene Initiativen genutzt. Jetzt verhindern sie weitergehende Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung. Die Braunschweiger Erklärung der SPD ist unglaublich und ein starkes Stück aus der Populismus-Küche.

Die Mitte.

CDU